

Sozialismus: Das technokratisch-hierarchische System von Befehl, Kommando und Kontrolle



KRISTIAN NIEMIETZ * • Juni 2021

Zusammenfassung

- Die Ausgangsbasis für das derzeitige Sozialismus-Revival ist die Annahme, Sozialismus sei noch nie richtig ausprobiert worden. Zeitgenössische Sozialisten glauben, ihre Version von Sozialismus unterscheide sich so fundamental von allem, was in der Vergangenheit unter diesen Namen ausprobiert wurde, dass jeglicher Vergleich bedeutungslos sei. So vehement Sozialisten Vergleiche mit dem real existierenden Sozialismus auch zurückweisen, so schwer tun sie sich doch damit, zu erklären, was sie denn genau anders machen würden.
- Wenn moderne, demokratische Sozialisten sich von den Untaten früherer sozialistischer Regime distanzieren, dann geht das an der Sache vorbei. Dass moderne Sozialisten diese nicht gutheissen, und schon gar nicht wiederholen möchten, ist Sozialismus-Kritikern durchaus klar. Der Punkt ist aber, dass es systematische Gründe dafür gab, dass der Sozialismus stets totalitäre Züge annahm. Und diese Gründe sind von den Absichten seiner Befürworter leider völlig unabhängig.
- Dem Sozialismus fehlt eine Methode, Wissen zu erzeugen und zu verbreiten, und er kann sie auch nicht reproduzieren. Der Kapitalismus ist dem Sozialismus nicht deswegen überlegen, weil die Menschen nicht altruistisch genug sind, sondern weil sie nicht genug wissen, um eine Volkswirtschaft steuern und planen zu können.
- Heute gibt es immer noch kein Beispiel eines sozialistischen Experiments, das nicht früher oder später autokratische Züge angenommen hätte. Sozialismus muss nicht zwangsläufig in Stalinismus entarten, aber er kann nie etwas anderes sein als ein technokratisches, hierarchisches System von Befehl, Kommando und Kontrolle.

* Der Autor ist Ökonom und Leiter des Forschungsbereichs Politische Ökonomie am Institute of Economic Affairs (IEA) in London sowie assoziierter Forscher am Liberalen Institut.

Der Sozialismus ist wieder in Mode gekommen – nicht nur unter Studenten, sondern auch unter Leuten in ihren Dreissigern, Vierzigern und teils darüber hinaus. In den USA etwa geben 49 Prozent aller «Millenials» an, eine positive Meinung zum Begriff «Sozialismus» zu haben. Warum entfalten sozialistische Ideen wieder eine so grosse Attraktivität, obwohl alle sozialistischen Experimente in den vergangenen 100 Jahren gescheitert sind? Die Ausgangsbasis für das derzeitige Sozialismus-Revival ist die Annahme, Sozialismus sei noch nie richtig ausprobiert worden. Neu ist diese Annahme nicht. Noam Chomsky beispielsweise argumentiert schon seit Langem, es sei lediglich eine «Diffamierung des Sozialismus», die Sowjetunion als sozialistisch zu bezeichnen:

«Es gab in der Sowjetunion nicht einen Hauch von Sozialismus. Ja, sicher, sie nannten es ‹Sozialismus›. Aber sie nannten es auch ‹Demokratie›. Es waren ‹Volksdemokratien›. [...] Wenn man also glaubt, der Niedergang der Sowjetunion sei eine Niederlage für den Sozialismus, dann muss man auch glauben [...], er sei eine Niederlage für die Demokratie. [...] Es hatte mit Sozialismus nichts zu tun. [...] Sozialismus [...] bedeutet, [...] dass die Arbeiter die Kontrolle über die Produktion übernehmen. [...] [Sowjet-]Russland ist so ziemlich der anti-sozialistischste Ort, den man sich vorstellen kann. [...] [E]s gab keine Spur von Arbeiterkontrolle, oder Einbeziehung, oder Teilnahme. Es hat mit Sozialismus nichts zu tun. Es ist, in jedem Punkt, das genaue Gegenteil.»¹

Nathan Robinson, der Herausgeber von *Current Affairs*, schreibt:

«Wenn jemand mich auf die Sowjetunion oder Castros Kuba verweist und sagt, ‹Da hast du deinen Sozialismus›, dann lautet meine Antwort [...] dass diese Regime überhaupt nichts zu tun haben mit den Werten, für die ich kämpfe. [...] Die Hauptlektion hier betrifft nicht den ‹Sozialismus› oder ‹Kommunismus›, da Castro, Mao, Stalin und Lenin gar nicht versucht haben, diese Ideen umzusetzen.»²

Und die *Washington Post*-Kolumnistin Elizabeth Bruenig schrieb 2018 einen Artikel mit dem Titel *It's time to give socialism a try*. Als Kritiker daraufhin reale Beispiele für Sozialismus anführten, protestierte Bruenig:

«[V]iele meiner Gesprächspartner taten so, als ob Sozialismus so etwas wie Sowjetkommunismus oder das venezolanische System bedeuten würde. [...] Ich denke nicht, dass irgendwer wirklich glaubt, ich würde mich für totalitäre Formen von Sozialismus stark machen, oder für die am schlechtesten gemagten Varianten: Ich habe doch gesagt, dass ich das nicht tue.»³

¹ Noam Chomsky: «The Soviet Union vs. Socialism» (<https://www.youtube.com/watch?v=06-XcAiswY4>). Siehe auch Chomsky (1986).

² Nathan Robinson: «How to be a socialist without being an apologist for the atrocities of communist regimes», *Current Affairs*, 25. Oktober 2017 (<https://www.currentaffairs.org/2017/10/how-to-be-a-socialist-without-being-an-apologist-for-the-atrocities-of-communist-regimes>).

³ Elizabeth Bruenig: «Let's have a good-faith argument about socialism», *Washington Post*, 11. März 2018 (https://www.washingtonpost.com/opinions/lets-have-a-good-faith-argument-about-socialism/2018/03/11/96d66720-23e4-11e8-86f6-54bfff693d2b_story.html?utm_term=.51fc1c5003a6).

Zeitgenössische Sozialisten glauben, ihre Version von Sozialismus unterscheide sich so fundamental von allem, was in der Vergangenheit unter diesen Namen ausprobiert wurde, dass jeglicher Vergleich bedeutungslos sei. Die historische Erfahrung mit Sozialismus könne uns also nichts lehren.

Flucht ins Abstrakte und Glaubenssprünge

So vehement Sozialisten Vergleiche mit dem real existierenden Sozialismus auch zurückweisen, so schwer tun sie sich doch damit, zu erklären, was sie denn genau anders machen würden. Was ist der Unterschied zwischen «echtem» und «unechtem» Sozialismus? Was genau war «unecht» am Sozialismus der Ostblockstaaten, des Maoistischen Chinas, Nordkoreas, Nordvietnams usw.? Was hätten diese konkret ändern müssen, um aus ihrem «unechten» Sozialismus einen «echten» zu machen?

Hier antworten Sozialisten in aller Regel ausweichend, und reden lieber über hehre Ziele, als über konkrete Mechanismen, um diese zu verwirklichen. Echter Sozialismus sei ein demokratischer Sozialismus von unten, ein Sozialismus, der die Wirtschaft demokratisiert, und dafür sorgt, dass Macht und Wohlstand gleichmässig verteilt sind. In einer «echten» sozialistischen Gesellschaft hat der Normalbürger das Sagen, nicht Technokraten, ein Diktator, oder eine Partielite. Das ist nicht nur sehr vage, sondern enthält auch zwei gewaltige Glaubenssprünge:

1. Demokratische Sozialisten nehmen an, der autokratische Charakter früherer (und heute noch bestehender) Sozialismusmodelle sei gewollt gewesen. Sie nehmen an, die Gründer der Sowjetunion oder der DDR hätten anstelle von Diktaturen auch basisdemokratische Systeme errichten können – sie hätten sich einfach nur dagegen entschieden. Sie hätten auch Systeme etablieren können, in denen der einfache Arbeiter das Sagen gehabt hätte – wenn sie es denn nur gewollt hätten. Die Errichtung einer «echten» Arbeiterdemokratie ist also einfach nur eine Frage des politischen Willens.
2. Demokratische Sozialisten nehmen an, ein demokratisierter, partizipatorischer Sozialismus wäre nicht nur menschlicher gewesen, sondern auch wirtschaftlich erfolgreicher. Autokratischer Sozialismus ist wirtschaftlich gescheitert, aber demokratischer Sozialismus hätte wirtschaftlich funktioniert.

Ein Beispiel, das diese beiden Tendenzen – Flucht ins Abstrakte, kombiniert mit den beiden genannten Glaubenssprüngen – illustriert, ist Noam Chomsky's Artikel *The Soviet Union versus socialism*. Für Chomsky bedeutet Sozialismus:

«die Befreiung der arbeitenden Menschen von Ausbeutung. Wie der Marxistische Theoretiker Anton Pannekoek angemerkt hat, ist dieses Ziel nicht erreicht, und kann nicht erreicht werden, wenn eine neue regierende, Anweisungen gebende Klasse den Platz der Bourgeoisie einnimmt, sondern nur, wenn die Arbeiter selbst zu den Herrschern über die Produktion werden.»

Echter Sozialismus bedeutet:

«die Umwandlung der Produktionsmittel in das Eigentum sich freiwillig zusammenschliessender Produzenten, und somit in das soziale Eigentum von Menschen, die sich von der Ausbeutung durch ihre Herrscher befreit haben, als ein wichtiger Schritt in Richtung des Reichs der menschlichen Freiheit.»

Das sind schöne Worte. Aber es sind auch sehr abstrakte Worte. Was heisst das alles konkret? Was für Institutionen bräuchten wir, um diese Ziele zu verwirklichen? Wie würden diese Institutionen funktionieren? Wie würden wir sicherstellen, dass diese Institutionen ihren Zweck erfüllen, und wie könnten wir sie korrigieren oder durch etwas anderes ersetzen, wenn sie das nicht tun? Das sind Fragen, mit denen Chomsky sich nicht abgibt.

Auch zu den ökonomischen Schwächen der Sowjetunion verliert Chomsky kein Wort. Er begnügt sich damit, über die «rote Bürokratie», die «neue Klasse», die «Staatspriester» usw. zu schimpfen, so, als ob die wirtschaftlichen Probleme des Landes ganz von selbst verschwunden wären, wenn man diese irgendwie beseitigt hätte.

Ein weiteres Beispiel ist der *New York Times*-Artikel *Socialism's future may be its past* von Bhaskar Sunkara, einem der Vordenker der Sanders-Bewegung und des «Millennial Socialism» in den USA. Sunkara glaubt, ein Jahrhundert nach der Oktoberrevolution sei es an der Zeit, dem Sozialismus noch einmal eine Chance zu geben. Diesmal, da ist er sich sicher, wird alles anders:

«Dieses Mal bekommen die Leute das Wahlrecht. Besser gesagt, das Recht, zu debattieren, abzuwägen, und dann zu wählen – wir müssen Vertrauen haben in die Fähigkeiten der Menschen, sich selbst zu organisieren, und neue Ziele für die Menschheit auszukundschaften. Wenn man ihn auf das Wesentliche reduziert, und sich auf seine Wurzeln zurückbesinnt, dann ist der Sozialismus eine radikal demokratische Ideologie. [...] [E]s geht ihm darum, die Zivilgesellschaft zu stärken, und Teilhabe an den Entscheidungen, die unser Leben beeinflussen, zu erlauben. Eine riesige Staatsbürokratie [...] kann genauso entfremdend und undemokratisch sein wie die Vorstandsetage eines Konzerns. Wie müssen also scharf nachdenken über neue Formen von gesellschaftlichem Eigentum.»⁴

Auch hier sehen wir wieder das gleiche Muster: eine Flucht ins Abstrakte, kombiniert mit grossen Glaubenssprüngen. Neue Ziele für die Menschheit, radikale Demokratie, Teilhabe – das klingt alles schön und gut, aber was bedeutet das alles konkret? Das einzig Greifbare, was wir über Sunkaras neuen Sozialismus erfahren, ist, dass wir ein Wahlrecht haben werden. Und das haben wir bereits heute.

Viel konkreter wird Sunkara in seinem Buch *The Socialist Manifesto* auch nicht. Man muss Sunkara zugutehalten, dass er sich immerhin auseinandersetzt mit den sozialistischen Experimenten in Russland, in China, in Afghanistan, in Äthiopien, in Südjemen, in Angola, in Mosambik, in Simbabwe, in Tansania und in Kuba. Anders

⁴ Bhaskar Sunkara: «Socialism's future may be its past», *New York Times*, 26. Juni 2017 (<https://www.nytimes.com/2017/06/26/opinion/finland-station-communism-socialism.html>).

als die allermeisten Sozialisten tut er nicht so, als ob ihn das alles nichts angehe. Jedoch findet er am Ende immer irgendeinen Grund, um zu der Schlussfolgerung zu gelangen, hier sei nur eine ganz spezielle Form des Sozialismus unter ganz speziellen Bedingungen gescheitert – auf keinen Fall aber «der Sozialismus» als solcher. Grosse Lehren zieht er am Ende nicht:

«Es gibt [...] Lehren, die wir aus den Perioden, in denen kommunistische Bewegungen an der Macht waren, ziehen können: die Schwierigkeiten der zentralen Planung, die Wichtigkeit von Bürgerrechten und Freiheiten, was passiert, wenn Sozialismus sich von einer demokratischen Bewegung von unten in einen autoritären Kollektivismus verwandelt. Aber Pluralismus und Demokratie sind heute fest verankert, nicht nur in den Zivilgesellschaften der entwickelten kapitalistischen Welt, sondern auch in den sozialistischen Bewegungen selbst.»⁵

Sozialismus und wirtschaftlicher Wohlstand

Die Glaubenssprünge der Sozialisten sind völlig ungerechtfertigt. Zuerst einmal gibt es keinen Grund zu der Annahme, dass das ökonomische Scheitern des Sozialismus irgendetwas mit einem Mangel an Demokratie zu tun gehabt hätte. Demokratisierung verbessert viele Dinge, und ist aus vielen Gründen wünschenswert, aber die Demokratie an sich macht ein Land nicht reicher.

Es gibt verschiedene empirische Studien zum Verhältnis zwischen dem politischen System und der Wirtschaftsleistung. Eine davon vergleicht 135 Länder über einen Zeitraum von mehreren Jahrzehnten, und kommt zu folgendem Ergebnis:

«Das politische System hat keinen Einfluss auf das Einkommenswachstum. [...] Unter den wenigen Ländern, die während der letzten fünfzig Jahre spektakuläre wirtschaftliche Erfolge erzielt haben, gibt es genauso viele Demokratien wie Diktaturen. Im Durchschnitt sind die Einkommenswachstumsraten unter den beiden Systemen fast identisch.»⁶

Natürlich gibt es unter reichen Ländern mehr Demokratien, und unter armen Ländern mehr Diktaturen. Aber die Kausalität verläuft hier gerade andersherum: Demokratie macht uns nicht reicher, aber Reichtum macht uns auf Dauer demokratischer, weil reiche Demokratien stabiler sind als arme Demokratien.⁷

Das deckt sich mit einer früheren Studie, die einen «Demokratisierungsindex» verwendet, anstatt nur binär zwischen Demokratie und Diktatur zu unterscheiden, und die 100 Länder über einen Zeitraum von drei Jahrzehnten vergleicht. Ihr Ergebnis:

«Demokratie ist für das Wirtschaftswachstum nicht entscheidend, obwohl sie in Ländern, die mit sehr wenigen politischen Rechten starten, einen schwachen

⁵ Sunkara, B. (2019). *The socialist manifesto*. London: Verso Books. S. 236-247.

⁶ Przeworski, A. (2002). Democracy and economic development. Kapitel in Mansfield und Sisson, R. (Hrsg.): *Political Science and the Public Interest*. Columbus Ohio State University Press. S. 21.

⁷ Przeworski, A., Limongi, F. (1997). Modernization: theories and facts. *World Politics* 49(2), S. 155-183.

positiven Effekt haben kann. [...] Westliche Länder würden mehr zum Wohlergehen armer Länder beitragen, wenn sie anstelle ihres politischen Systems ihr Wirtschaftssystem, vor allem Eigentumsrechte und freie Märkte, exportieren würden.»⁸

Daraus folgt unter anderem, dass sozialistische Diktaturen nicht deswegen arm waren (bzw. sind), weil sie Diktaturen waren (bzw. sind), sondern, weil sie sozialistisch waren (bzw. sind). Es ist deswegen absolut zulässig, demokratischen Sozialisten das wirtschaftliche Scheitern der DDR oder der Sowjetunion entgegenzuhalten. Solange vom Sozialismus als Wirtschaftssystem die Rede ist, ist es vollkommen irrelevant, ob es sich hier um einen demokratischen oder einen diktatorischen Sozialismus handelt.

Seit Ludwig von Mises 1922 mit seinem Buch *Die Gemeinwirtschaft: Untersuchungen über den Sozialismus* die Debatte über die Wirtschaftsrechnung im Sozialismus anstieß, ist viel zu den systemimmanenten Problemen sozialistischer Volkswirtschaften geschrieben worden.

Es gibt ein weitverbreitetes Missverständnis, laut dem der Sozialismus deswegen scheiterte, weil die meisten Menschen nicht altruistisch genug seien, um für das Gemeinwohl zu arbeiten, anstatt für sich selbst. Das stimmt nicht. In der Praxis haben sich sozialistische Volkswirtschaften fast nie auf Altruismus verlassen. Es gab Arbeitsnormen, Produktionsvorgaben, Unterschiede in der Entlohnung und andere materielle Leistungsanreize. Der relative Erfolg des Kapitalismus hatte viel mehr zu tun mit seiner Fähigkeit, wirtschaftlich relevantes Wissen zu erzeugen und zu verbreiten.

Insbesondere Marktpreise sind als Informationsquellen und Signale unverzichtbar. Marktpreise werden gebildet durch die Kauf- und Verkaufsentscheidungen von Tausenden, wenn nicht Millionen von Menschen. Alle diese Menschen besitzen irgendwelche wirtschaftlich relevanten Kenntnisse, und sei es auch nur die Kenntnis ihrer eigenen Präferenzen. Diese Kenntnisse fließen in die Entscheidungen ein, die sie am Markt treffen. So können Märkte ein riesiges Reservoir an Wissen anzapfen, das, wie vor allem Friedrich August von Hayek betonte, verstreut ist, und niemanden in seiner Gänze zugänglich. Dabei handelt es sich oft um implizites Wissen, also Wissen, das sehr zeit- und ortsspezifisch ist, und das wir nicht, oder nur unzureichend, in Worte oder Zahlen fassen können. Die Menschen, die dieses Wissen besitzen, können es oft nicht artikulieren – aber das müssen sie in einer Marktwirtschaft auch nicht. Sie müssen nur danach handeln.

Marktpreise enthalten jede Menge wichtige Informationen in konzentrierter Form, und sie verbreiten diese Informationen schnell und weitläufig. Veränderte Bedingungen führen zu Preisänderungen, die dann dafür sorgen, dass die Marktteilnehmer ihr Verhalten an die veränderten Bedingungen anpassen. In Hayeks Worten:

«Nehmen wir an, irgendwo in der Welt sei eine neue Möglichkeit für die Verwendung eines Rohstoffes, sagen wir Zinn, entstanden, oder es sei eine der Versorgungsquellen für Zinn verschwunden. Für unseren Zweck ist es bedeutungslos

⁸ Barro, R. (1994). Democracy and growth. Working Paper 4909. Cambridge, MA: National Bureau of Economic Research. S. 26.

– und es ist sehr wichtig, dass es bedeutungslos ist –, welcher der beiden Gründe Zinn knapper gemacht hat. Alles, was die Verarbeiter von Zinn wissen müssen, ist, [...] dass sie [...] mit Zinn sparsam umgehen müssen. Für die grosse Mehrheit von ihnen ist es nicht einmal notwendig zu wissen, wo der dringendere Verbrauch entstanden ist. [...] Wenn nur einige von ihnen direkt um die neue Nachfrage wissen und Vorräte dorthin umleiten, und wenn die Menschen, die sich der neuen Lücke bewusst sind, es wiederum von anderen Quellen ersetzen, so wird sich dieser Effekt rasch durch das ganze Wirtschaftssystem hindurch verbreiten und nicht nur die gesamte Verwendung von Zinn betreffen, sondern auch seine Ersatzstoffe und die Ersatzstoffe der Ersatzstoffe, das Angebot aller aus Zinn hergestellten Dinge, und deren Ersatzstoffe, und so weiter; und all das passiert, ohne dass die grosse Mehrheit [...] überhaupt irgendetwas über den ursprünglichen Grund für die Veränderung weiss.»⁹

Planwirtschaften fehlt diese Methode, Wissen zu erzeugen und zu verbreiten, und sie können sie auch nicht reproduzieren. Das ist nicht nur ein Problem in Staatswirtschaften, sondern auch in der Privatwirtschaft, wenn der Staat Marktsignale manipuliert oder unterdrückt.

Ein weiterer grosser Vorteil von Marktwirtschaften ist, dass der Wettbewerb ein ständiger Prozess von Versuch und Irrtum ist, bei dem es klare und schnelle Feedback-Mechanismen gibt. Wir wissen nicht von vorneherein, wie man ein erfolgreiches Unternehmen oder eine erfolgreiche Wirtschaftsbranche (und schon gar nicht eine ganze Volkswirtschaft) organisiert. Wir finden das heraus, indem wir viele verschiedene Dinge ausprobieren, von denen die meisten zwar scheitern, aber ein paar auch funktionieren. Letztere werden dann von anderen übernommen, und verbreiten sich. Gegner der Marktwirtschaft bezeichnen diese gerne als «darwinistisch», und haben damit in gewissem Sinne sogar recht, aber nicht so, wie sie glauben. Der Marktprozess ist tatsächlich ein evolutorischer Lernprozess. Nur werden dabei eben keine Personen eliminiert, sondern Geschäftsideen, Geschäftsmodelle, Managementmethoden, Organisationsformen und Industriestrukturen.

Eine Marktwirtschaft ist ein Versuchslabor, in dem sich ständig unterschiedliche Modelle und Herangehensweisen im Wettbewerb erproben müssen. Zum Beispiel stehen integrierte Modelle, in denen Unternehmen viele Aufgaben firmenintern erledigen, im Wettbewerb zu spezialisierten Modellen, in denen Unternehmen sich auf ihre Kernkompetenzen beschränken und vieles outsourcen. So finden wir allmählich heraus, wo Integration sinnvoller ist, und wo es mehr Sinn macht, sich zu spezialisieren.

Es ist ein Irrtum, zu glauben, wir bräuchten nur deswegen Wettbewerb, damit wir einen Ansporn haben. Sozialistische Wirtschaftsmodelle kannten zwar keinen Konkurrenzdruck, konnten aber sehr wohl auf andere Weise Druck ausüben (und das oft mit sehr viel weniger schönen Methoden). Was im Sozialismus aber fehlte, war das Wissen, das im kapitalistischen Wettbewerb gewonnen wird. Der Wettbewerb ist eine

⁹ Hayek, F. A. (2016 [1945]). Die Anwendung von Wissen in der Gesellschaft. Übersetzung von «The use of knowledge in society». *American Economic Review* 35(4), S. 519-530. Ludwig von Mises Institut Deutschland.

«Wissenserzeugungsmachine», welche sozialistischen Volkswirtschaften fehlt. Auch hier gilt allerdings, dass das nicht nur ein Problem für Staatswirtschaften ist, sondern auch in der Privatwirtschaft, wenn der Staat den freien Wettbewerb behindert.

Kurz gesagt, der Kapitalismus ist dem Sozialismus nicht deswegen überlegen, weil wir nicht altruistisch genug sind, sondern weil wir nicht genug wissen, um eine Volkswirtschaft steuern und planen zu können.

Sozialismus, Demokratie und Technokratie

Die Frage, ob das Autoritäre im Sozialismus immanent ist, oder ob es nur ein unglücklicher Zufall war, dass alle sozialistischen Länder früher oder später zu Autokratien wurden, ist nicht neu. 1978 schrieb der französische Philosoph Jean-François Revel:

«Sie sagen uns, es sei unfair, den ‹Sozialismus› auf der Grundlage unserer Erfahrungen mit ihm zu beurteilen. [...] Wie kann man den, aus marxistischer Perspektive, so viele Unfälle und Abweichungen erklären, ohne die Ursache [...] im Wirtschaftssystem selbst zu suchen [...]? [...] Ironischerweise sind es die Fürsprecher des ‹wissenschaftlichen› Sozialismus, die uns diese sonderbare Anwendung von Marx' historischem Materialismus anbieten: Eine Konstante, langlebige und ohne Anzeichen von Verfall [...] soll angeblich ein purer Zufall sein, der mit dem System an sich nichts zu tun hat.»¹⁰

Heute, mehr als vier Jahrzehnte später, gibt es immer noch kein Beispiel eines sozialistischen Experiments, das nicht früher oder später autokratische Züge angenommen hätte. Das gilt auch da, wo sozialistische Parteien Anfangs ganz regulär durch freie, demokratische Wahlen an die Macht kommen, so wie in Venezuela oder Nicaragua. Sozialisten aber sind trotzdem nach wie vor überzeugt, dass es dafür keine tieferen Gründe gibt. Es zeige nur, dass es viele machtgierige Opportunisten gibt, die sich aus PR-Gründen «Sozialisten» nennen, ohne das aber ehrlich zu meinen. Oder vielleicht meinen sie es auch ehrlich, haben aber die Ideale von Marx nicht richtig verstanden, oder diese «vergessen». Wie auch immer: Es ist, in dieser Lesart, alles nur eine Frage des politischen Willens. «Echten», demokratischen Sozialismus gab es noch nie, aber es könnte ihn jederzeit geben.

Das ist allerdings eine völlig ahistorische Betrachtungsweise. Die meisten späteren sozialistischen Machthaber hatten sich der sozialistischen Bewegung bereits angeschlossen, als diese in ihrem jeweiligen Land noch eine politisch unbedeutende – und oft brutal politisch verfolgte – Randgruppe war. So verhält sich kein Opportunist. Ein Opportunist schliesst sich einer Bewegung an, die sich im Aufwind befindet. Das war die (spätere) bolschewistische Partei Russlands ganz sicher nicht, als Lenin, Stalin und weitere spätere Mitglieder des Politbüros sich ihr anschlossen. Das war auch die Kommunistische Partei Chinas nicht, als Mao Tse-Tung sich ihr anschloss. Viele Angehörige sozialistischer Regime hatten eine Zeit als Untergrundkämpfer hinter

¹⁰ Revel, J. (1978). *The Totalitarian Temptation*. Harmondsworth: Penguin Books. S. 41-42.

sich – daher kommt ja das romantisch-revolutionäre Image, das den Sozialismus gerade für junge, idealistische Leute so attraktiv macht. Am deutlichsten sehen wir dies am Beispiel Kubas.

Es stimmt auch nicht, dass diese Machthaber von Anfang an vorhatten, hierarchische, bürokratische Diktaturen zu errichten. Liest man die frühen Werke späterer sozialistischer Herrscher, so fällt auf, dass diese (von stilistischen Eigenarten einmal abgesehen) nicht wesentlich anders klingen als die heutigen «Millennial Socialists».

Man nehme einmal das Manifest des Leninismus, nämlich das Buch *Staat und Revolution*, welches Lenin im Jahr 1917 unmittelbar vor der Oktoberrevolution verfasste. In diesem Buch beschreibt Lenin, wie er sich die kommende sozialistische Gesellschaft vorstellt. Die Gesellschaft, die Lenin in *Staat und Revolution* beschreibt, hat so gut wie gar nichts gemein mit der real existierenden Sowjetunion, die unter Lenins Führung ein paar Jahre später entstehen soll. Er beschreibt eine Gesellschaft, die mehr oder weniger wie ein sehr grosser Arbeiterverein funktioniert. Einen Staat soll es kaum noch geben, nur noch eine rudimentäre Verwaltung, denn mehr braucht es laut Lenin nicht. Die Arbeiter organisieren sich einfach selbst, ganz praktisch und informell. In Lenins eigenen Worten:

«Kontrolle [...] darf nicht von einem Beamtenstaat durchgeführt werden, sondern von dem Staat der bewaffneten Arbeiter. [...] [E]s ist durchaus möglich, unverzüglich, von heute auf morgen, dazu überzugehen, die Kapitalisten und Beamten, nachdem sie gestürzt sind, bei der Kontrolle über Produktion und Verteilung [...] durch bewaffnete Arbeiter, durch das gesamte bewaffnete Volk zu ersetzen. [...] [D]er ‹Staat›, der aus bewaffneten Arbeitern besteht [...] ist schon kein Staat im eigentlichen Sinne mehr».

Von einer Planungsbehörde und von Fünfjahresplänen ist schon gleich gar nicht die Rede. Die Arbeiter entscheiden einfach, was sie produzieren möchten, und machen sich dann ans Werk. Eine professionelle Staatsbürokratie braucht es laut Lenin nicht, denn die paar wenigen, einfachen Verwaltungstätigkeiten, die in dieser neuen Gesellschaft noch anfallen, können die Arbeiter einfach informell nebenher erledigen.

Wird es Repressalien geben? Sicher, sagt Lenin. Die Angehörigen der entmachteten Kapitalistenklasse sind schliesslich noch da, und manche von ihnen werden alles daransetzen, die Revolution wieder rückgängig zu machen. Dagegen, so sagt Lenin mehrfach und ausdrücklich, muss der neue Arbeiterstaat sich resolut zur Wehr setzen. Aber Lenin sagt auch, dass der neue Sowjetstaat, relativ betrachtet, sehr viel weniger repressiv sein wird als sein Vorgänger. Es ist ja nur eine sehr kleine Minderheit, gegen die er vorgehen muss, und selbst das ist nur eine einmalige Aufgabe. Einen professionellen, institutionalisierten Repressionsapparat, wie es die zaristische Polizei und Geheimpolizei waren, braucht es daher kaum. Die Arbeiter selbst werden, auch hier wieder ganz praktisch und informell, schon dafür zu sorgen wissen, dass ihnen niemand in die Quere kommt.

Lenin glaubt nicht, dass jeder Einzelne bereits das notwendige Pflichtbewusstsein hat, um freiwillig und zwanglos seinen Beitrag zum neuen Gemeinwesen zu leisten. Eine allgemeine Arbeitspflicht soll es daher schon geben, aber auch in diesem Bereich wird der neue Staat nicht viel zu tun haben. Die Arbeiter werden das ganz informell unter sich ausmachen, indem sie Drückebergern zu Leibe rücken.

Der Unterschied zwischen dem «autoritären Sozialisten» Lenin, und «anti-autoritären Sozialisten» wie Noam Chomsky, Karl Liebknecht oder Rosa Luxemburg, ist kein ideologischer. In weiten Teilen hätte *Staat und Revolution* auch genauso gut aus der Feder von Chomsky, Liebknecht oder Luxemburg stammen können. Der Unterschied ist einfach der, dass Lenin später tatsächlich an die Macht kam, und versuchen musste, den Sozialismus in der Praxis umzusetzen, während Chomsky, Liebknecht und Luxemburg darüber nur geschrieben haben. Am Schreibtisch kann man sich sehr leicht einen romantischen, anti-autoritären, basisdemokratischen Graswurzelsozialismus ohne Zwang und Hierarchien ausmalen. Das war nie das Problem. Nur überleben diese Vorstellungen nie den Zusammenprall mit der Realität. Das ist der Grund, warum die Ruhmeshalle des demokratischen Sozialismus ausschliesslich aus Leuten besteht, die entweder nie (Chomsky, Liebknecht, Luxemburg), oder wenn, dann bestenfalls für sehr kurze Zeit (Salvador Allende) an der Macht waren.

Wenn moderne Sozialisten von einer anti-autokratischen, anti-autoritären, anti-hierarchischen, partizipatorischen und humanitären Version des Sozialismus sprechen, dann ist das nicht so originell, wie sie glauben. Das alles haben Sozialisten immer schon gesagt. Das war immer schon das Ziel.

«Demokratischer Sozialismus» kann hervorragend funktionieren – aber nur in kleinen, homogenen, freiwilligen Gemeinschaften mit einem überschaubaren wirtschaftlichen Tätigkeitsfeld. Das klassische Beispiel sind die israelischen Kibbutzim. In einem Kibbutz kann man tatsächlich sinnvollerweise davon sprechen, dass die Gemeinschaft als Ganzes ihr Wirtschaftsleben demokratisch organisiert.

Aber auch bei diesen funktioniert das nur, weil ein Kibbutz keine eigenständige Volkswirtschaft ist, sondern ein Akteur in der Marktwirtschaft Israels (und darüber hinaus). Deswegen kann sich jeder Kibbutz auf ein paar wenige Tätigkeitsfelder beschränken, und auf Marktpreise und andere Informationsquellen der «Aussenwelt» zurückgreifen.

Der Kibbutz ist ein tragfähiges und praktikables Modell. Aber ein kurzer Blick auf die Geschichte der Kibbutzim zeigt, dass dieses Modell weder übertragbar noch im grossen Massstab anwendbar ist. Kibbutzim wachsen nie über eine bestimmte Grösse hinaus. Die grössten haben heute knapp über tausend Einwohner, die allermeisten weit weniger.

Bis zu dieser Obergrenze hin ist demokratischer Sozialismus unter bestimmten Bedingungen machbar. Kibbutz-Bewohner können beispielsweise eine Mitgliederversammlung einberufen, und dann dort darüber debattieren, was sie im nächsten Jahr produzieren sollen, und mit welchen Methoden. Soll es beim Anbau dieser Getreidesorte bleiben, oder soll auf eine andere umgestiegen werden? Sollen neue Werkzeuge

angeschafft werden, oder sollen die alten noch einmal instandgesetzt werden? Auch Genossenschaftsbetriebe kann man, bis zu gewissen einem Grad, auf diese Art und Weise organisieren – sofern diese Teilnehmer an einer Marktwirtschaft sind, und somit auf Marktsignale als Informationsquellen zugreifen können, und sofern sie mit anderen Geschäftsmodellen im Wettbewerb stehen.

Eine ganze Volkswirtschaft kann man so allerdings nicht organisieren. Wirtschaftsplanung verträgt sich nicht mit demokratischer Beteiligung. Sie verträgt sich noch nicht einmal mit repräsentativer Demokratie. Wie Hayek in seinem Buch *Weg zur Knechtschaft* beschrieb:

«Einen Wirtschaftsplan in dieser Weise aufzustellen, ist noch weniger möglich, als z. B. einen Feldzugsplan nach dem demokratischen Verfahren erfolgreich zu entwerfen. Es würde wie in der Kriegskunst zu einem Gebot der Notwendigkeit werden, die Aufgabe den Sachverständigen zu übertragen. Es besteht jedoch ein grundlegender Unterschied. [...] Der General [dem der Oberbefehl in einem Feldzug anvertraut worden ist] hat [...] nicht verschiedene selbständige Ziele gegeneinander abzuwägen; für ihn gibt es nur ein einziges Endziel. Aber [...] [d]as Wesen des ökonomischen Problems besteht darin, dass wir, wenn wir einen Wirtschaftsplan entwerfen, zwischen [...] miteinander konkurrierenden Zielen wählen müssen [...]. Aber [...] welches die Möglichkeiten sind, zwischen denen wir unsere Wahl treffen müssen, das können nur diejenigen wissen, denen alle Tatsachen bekannt sind. Nur sie, die Sachverständigen, können entscheiden, welche von den verschiedenen Zielen in erster Linie berücksichtigt werden sollen.»

Sozialismus muss nicht zwangsläufig in Stalinismus entarten, aber er kann nie etwas anderes sein als ein technokratisches, hierarchisches System von Befehl, Kommando und Kontrolle. Das Argument, die Ostblockstaaten hätten keinen «echten» Sozialismus praktiziert, weil sie nicht demokratisch waren, geht völlig an der Sache vorbei. Selbst wenn es sich bei den Ostblockstaaten um parlamentarische Demokratien mit freien und fairen Wahlen gehandelt hätte, so hätte das ihren ultra-technokratischen Charakter noch lange nicht geändert. Parlamente hatten die Ostblockstaaten ja durchaus, auch, wenn es sich bei diesen nicht um demokratische Parlamente im westlichen Sinne handelte. Im Prozess der Wirtschaftsplanung spielten diese Parlamente aber nur eine untergeordnete Rolle (und wie Hayek erklärt, hätte das auch gar nicht anders sein können).

In der DDR zum Beispiel war es eine Expertenkommission, die Staatliche Plankommission (SPK), die die Fünfjahrespläne erstellte. Das Parlament der DDR, die Volkskammer, nickte diese Pläne dann lediglich ab. Es wäre ziemlich leicht gewesen, die Volkskammer zu demokratisieren. Das ist ja letzten Endes auch passiert. Nur drei Monate nach dem Fall der Berliner Mauer wurde in der DDR ein neues Wahlsystem eingeführt, auf Grundlage dessen dann die Volkskammerwahl vom März 1990 abgehalten wurde. Damit war die DDR zu einem demokratischen Staat, und die Volkskammer zu einem demokratischen Parlament geworden. Bis hierher war es also tatsächlich alles nur eine Frage des politischen Willens.

Eine demokratische Volkskammer allein hätte aber noch keinen «demokratischen Sozialismus» gemacht, denn dazu hätte man auch die Staatliche Plankommission irgendwie demokratisieren müssen. Wie aber hätte man das bewerkstelligen sollen? Wir haben ja auch keine «demokratische Bundesbank» und keine «demokratische Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht» – wie soll man also eine Behörde, deren Aufgabengebiet noch um ein Vielfaches komplexer und umfassender ist, realistischerweise «demokratisch» organisieren?

Eine demokratische DDR wäre immer noch eine extrem technokratische DDR gewesen. Politische Demokratisierung ist relativ leicht. Ökonomische Demokratisierung dagegen ganz und gar nicht. Wenn Hayek recht hat, dann ist sie sogar komplett unmöglich.

Sozialismus und individuelle Freiheit

Wer in einer Diskussion zum Thema Sozialismus die mannigfaltigen Freiheitsbeschränkungen erwähnt, die es in realsozialistischen Systemen gab, der wird zwangsläufig zu hören bekommen, dass Marx das ja alles nicht gewollt habe. Wo, so fragen demokratische Sozialisten, steht denn im Kommunistischen Manifest etwas von einer Mauer mit Stacheldraht und Schiessbefehl?

Das Problem dabei ist, dass Marx die zahlreichen Schwierigkeiten, mit denen realsozialistische Systeme zu kämpfen hatten, gar nicht erst voraussah. Wie hätte ein «Arbeiterstaat» sich beispielsweise verhalten sollen, wenn ihm in Scharen die Arbeiter weglaufen, weil sie in diesem System nicht leben möchten? Wie soll er mit Massenstreiks, die die Erfüllung des Plans gefährden, umgehen? Wie soll er auf Massenproteste, die, wenn sie aus dem Ruder laufen, zu einer Restauration des Kapitalismus führen könnten, reagieren?

Das sind Fragen, die Marx sich gar nicht erst gestellt hat. Wenn man solche Möglichkeiten einfach per Annahme ausschliesst, dann ist es natürlich sehr leicht, sich einen Sozialismus vorzustellen, der sich hervorragend mit individuellen Freiheitsrechten verträgt. Wer eine Welt beschreibt, in der es per Annahme keine Schwerkraft gibt, der kann auch sehr leicht davon erzählen, wie in dieser Welt Menschen von Hochhäusern springen, ohne Schaden zu nehmen. Es ist daher kein Argument, dass Marx selbst keine Mauern und keine Gulags wollte. Es ist völlig egal, was Marx wollte oder nicht wollte. Wir würden auch kein anderes Gesellschaftssystem ausschliesslich danach bewerten, wie seine geistigen Väter sich das ursprünglich einmal vorgestellt haben.

Sozialistische Machthaber schränkten die Freiheit ihrer Bürger nicht aus Jux und Tollerei ein. Sie taten das dann, wenn sie die Stabilität oder die Funktionsfähigkeit des Systems gefährdet sahen. Deswegen geschah das auch nicht wahllos, sondern, ganz im Gegenteil, auf sehr systematische Art und Weise. Das auffällige an der Geschichte des Sozialismus ist nicht nur, dass alle sozialistischen Regime repressiv waren, son-

dern auch, dass sie alle auf ähnliche Art und Weise repressiv waren. Wir können Muster und Regularitäten erkennen, die immer wiederkehren, so unterschiedlich die Ausgangsbedingungen auch sein mögen.

Eine davon ist die Einschränkung der Personenfreizügigkeit. Als 1961 die Berliner Mauer gebaut wurde, war das ein Schock für die Welt. Das hätte es eigentlich nicht sein dürfen. Das einzig ungewöhnliche an der Berliner Mauer war, dass eine sozialistische Grenze hier zum ersten Mal eine historisch gewachsene Stadt entzweiriss, anstatt durch Feld, Wald und Wiese zu verlaufen. Ansonsten gab es zu diesem Zeitpunkt schon sehr viele «Berliner Mauern», die nur weniger sichtbar waren. Der Historiker Alan Dowty erklärt:

«1922 machten sowohl Russland als auch die Ukraine [...] das Ausreisen fast unmöglich. 1923 wurde eine Sondereinheit der GPU, der sowjetischen Geheimpolizei, eingerichtet, um die Grenzen zu kontrollieren. Spätestens 1928 war diese effektiv genug, fast alle illegalen Ausreisen zu unterbinden. [...] In Sachen Ausreisepolitik folgten [...] in den frühen 1950ern fast alle osteuropäischen Staaten, sowie auch China, die Mongolei, und Nordkorea, dem sowjetischen Modell»¹¹

Mit anderen Worten: Die Berliner Mauer war keinesfalls eine Anomalie. Im Gegenteil: Die Anomalie war die offene Grenze zwischen Ost- und Westberlin. Der Bau der Berliner Mauer war die Herstellung sozialistischer Normalität.

Die Beschränkung der Reisefreiheit in sozialistischen Ländern muss nicht immer so extreme Formen annehmen. In Venezuela zum Beispiel geschieht dies heute auf subtilere Art und Weise: Die Regierung stellt einfach kaum noch neue Ausweise aus. Wer keinen gültigen Ausweis mehr hat, kann das Land also oft nur als undokumentierter Flüchtling verlassen, was dann im Ausland mit verminderten Rechten einhergeht. Im Vergleich zur Berliner Mauer ist das noch eine eher milde Massnahme, aber es bleibt doch festzuhalten, dass sozialistische Länder Form darin haben, ihren Bürgern die Ausreise zu erschweren.

Woran liegt es also, dass sich gerade sozialistische Länder mit Emigration so schwertun? Es ist, zuerst einmal, ganz einfach eine Frage der Grössenordnung. Der Auswanderungsdruck war in sozialistischen Ländern oft sehr gross, weil sie wirtschaftlich unattraktiv waren, und er war besonders gross, wenn es wohlhabendere marktwirtschaftliche Alternativen in der Nähe gab. Die DDR hatte zum Zeitpunkt des Mauerbaus bereits mehr als 2,7 Millionen Auswanderer an die Bundesrepublik verloren – und das ist nur die Zahl der in Notaufnahmelagern offiziell erfassten. Für die DDR war dieser Massenexodus eine ernsthafte Bedrohung.

Es ist für einen demokratischen Sozialisten heute leicht, den Bau der Berliner Mauer im Nachhinein zu verurteilen, denn er steckt nicht in der Situation, in der die DDR-Führung 1961 steckte. Wer aber den Mauerbau von der Idee des Sozialismus

¹¹ Dowty, A. (1988). The assault on freedom of emigration. *World Affairs* 151(2). S. 86-88.

trennen möchte, der muss schon dazusagen, was er denn in dieser Situation konkret anders gemacht hätte.

Hinzu kommt, dass Planwirtschaften schwerfällig sind, und auf veränderte Bedingungen nicht adäquat reagieren können. Natürlich stellt Abwanderung für jede Art von Volkswirtschaft, und nicht nur für sozialistische, ein Problem dar. Aber Marktwirtschaften kommen damit sichtlich besser klar. Das sehen wir etwa am Beispiel der baltischen Länder, wo es in den letzten 20 Jahren ebenfalls zu einer massiven Abwanderung von Arbeitskräften, insbesondere Fachkräften, gekommen ist. Natürlich litten diese Volkswirtschaften darunter. Aber das hat sie nicht daran gehindert, beeindruckende Wachstumsraten zu erzielen. Die baltischen Länder sind heute so wohlhabend, dass der Emigrationsdruck schon wieder nachgelassen hat, und viele Auswanderer sogar schon wieder zurückkehren. Diese Marktwirtschaften konnten trotz Massenemigration prosperieren. Planwirtschaften konnten das nicht. Ausreiseverbote im Sozialismus sind also in erster Linie eine wirtschaftliche Stabilisierungsmassnahme.

Planwirtschaften beschränken zudem den Wechsel, und die freie Wahl, des Arbeitsplatzes und des Wohnortes. Das ist in einer Planwirtschaft notwendig, denn grosse, unvorhergesehene Wanderungsbewegungen, sei es zwischen Regionen oder Wirtschaftssektoren, würden den Plan durcheinanderbringen. Man kann eine Wirtschaft nicht planen, wenn die Produktionsfaktoren ein Eigenleben führen, und sich ständig hin und her bewegen. Planer müssen die Möglichkeit haben, Produktionsfaktoren – inklusive des Faktors Arbeit – einem bestimmten Verwendungszweck zuzuordnen, und diese Produktionsfaktoren müssen dann an dem ihnen zugewiesenen Ort auch bleiben. Die Sowjetunion machte, wie beschrieben, schon in den frühen zwanziger Jahren ihre Aussengrenzen dicht. Landesintern herrschte allerdings nach wie vor Personenfreizügigkeit. Diese wurde – und das war kein Zufall – kurz nach dem Inkrafttreten des ersten Fünfjahresplanes abgeschafft, und durch ein System von Inlandspässen ersetzt. Etwas ganz Ähnliches geschah später in China.

Die Einführung der Planwirtschaft bedeutete, dass es keine Marktsignale mehr gab, die das Verhalten der verschiedenen Wirtschaftsakteure aufeinander hätte abstimmen können. Der Staat musste Wanderungsbewegungen zwischen Sektoren und Regionen nun streng kontrollieren. In Marktwirtschaften ist das nicht nötig, denn Preisänderungen bringen die Arbeits-, Wohnungs- und Gütermärkte wieder ins Gleichgewicht. In der Planwirtschaft gibt es diese Koordinationsmechanismen nicht mehr. Es gibt nur noch zwei Alternativen: erzwungene Planerfüllung oder Chaos.

Wenn moderne, demokratische Sozialisten sich von den Untaten früherer sozialistischer Regime distanzieren, dann geht das an der Sache vorbei. Dass moderne Sozialisten diese nicht gutheissen, und schon gar nicht wiederholen möchten, ist Sozialismus-Kritikern durchaus klar. Der Punkt ist aber, dass es systematische Gründe dafür gab, dass der Sozialismus stets totalitäre Züge annahm. Und diese Gründe sind von den Absichten seiner Befürworter leider völlig unabhängig.



LIBERALES INSTITUT

Impressum

Liberales Institut
Hochstrasse 38
8044 Zürich, Schweiz
Tel.: +41 (0)44 364 16 66
institut@libinst.ch

Alle Publikationen des Liberalen Instituts finden Sie auf
www.libinst.ch.

Bei diesem Paper handelt es sich um einen gekürzten Auszug
des zweiten Kapitels aus dem Buch «Sozialismus: Die ge-
scheiterte Idee, die niemals stirbt» von Kristian Niemietz.

Disclaimer

Das Liberale Institut vertritt keine Institutspositionen. Alle
Veröffentlichungen und Verlautbarungen des Instituts sind
Beiträge zu Aufklärung und Diskussion. Sie spiegeln die
Meinungen der Autoren wider und entsprechen nicht
notwendigerweise den Auffassungen des Stiftungsrates, des
Akademischen Beirates oder der Institutsleitung.

Die Publikation darf mit Quellenangabe zitiert werden.
Copyright 2021, Liberales Institut.